

Rede von Dr. Alexandra Palzer, Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft  
Gemeinsam Leben Gemeinsam Lernen Baden-Württemberg, im Rahmen  
des **Forums „Schule ist für alle da – das Recht auf Inklusion“ der SPD**  
im Landtag von Baden-Württemberg am 28.06.2010

- es gilt das gesprochene Wort –

### **Bewertung der Empfehlungen des Expertenrats**

Gleich zu Beginn, und um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich betonen, dass es mir trotz kritischer Anmerkungen fern liegt, andere Verbände oder gar Personen anzugreifen, nur weil sie andere Auffassungen vertreten als wir.

Und ich will kurz darauf eingehen, dass manchmal Eltern behinderter Kinder meinen, sich vor uns rechtfertigen zu müssen, weil sie den Weg in die Sonderschule gegangen sind.

Sie hätten ihre Kinder nicht „abgeschoben“, wie ihnen oft vorgeworfen werde, sondern diesen Schritt wohl überlegt.

Ich möchte ihnen hier sagen, dass ich diese bewusste Entscheidung nicht nur respektiere, sondern auch verstehe, denn es gab bis jetzt keine vernünftige Alternative, schon gar nicht ohne unglaublichen persönlichen Einsatz und kaum zu ertragenden psychischen Belastungen.

Es geht nicht darum, diesen Eltern die Sondereinrichtungen wegzunehmen, schon gar nicht die Sonderpädagogen, die werden mehr denn je gebraucht, und die Politik darf selbstverständlich den Strukturwandel nicht dazu missbrauchen, weiter am Bildungssystem zu sparen, schon gar nicht an der Sonderpädagogik.

Es geht uns darum, dass dann, wenn Eltern dies wünschen, die Sonderpädagogik zum Kind kommt und nicht umgekehrt.

Wir bitten, nicht nur den Wunsch nach Sondereinrichtungen, sondern auch die Forderung nach einer Normalität im Leben eines behinderten Kindes zu akzeptieren, die in anderen Ländern selbstverständlich ist und nur in Deutschland bisher nicht gewährt wird.

Die Bewertung der Ergebnisse des Expertenrats möchte ich beginnen mit Erfahrungen, die wir als Landesverband Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen damit gemacht haben.

Schon die Art der Berufung und die Zusammensetzung des Expertenrats durch Minister Rau zeigten uns, dass zumindest von *ihm* eine zivilgesellschaftliche Beteiligung in diesem Stadium des Prozesses nicht gewollt war.

Es waren ausdrücklich Privatpersonen eingeladen, die auch nicht von den Verbänden selbst bestimmt werden konnten.

**Wesentliche Expertenverbände, die an Strukturreformen im Sinne einer Entwicklung hin zu einer inklusiven Gesellschaft interessiert sind, mit**

## **Fachleuten aus der Praxis der Inklusion waren nicht wirklich gefragt und gar nicht eingeladen.**

Dies zeigt sich in den Empfehlungen und hat unseren Verdacht auf eine Alibifunktion dieses Expertenrats erhärtet.

Einerseits wird ein Expertenrat einberufen, was den seriösen Umgang mit der UN-Konvention vortäuschen kann. Die dann zu erwartenden Ergebnisse könnten einen Grund liefern, Strukturreformen minimalistisch oder gar nicht angehen zu müssen. Und man könnte sich bei zu erwartender Kritik auch noch auf die Empfehlungen des Expertenrats herausreden.

Nun zu den Empfehlungen und – ihn beziehe ich gleich mit ein - des Entwurfs der KM-Konferenz zur Umsetzung der UN-Konvention:

Sie zeigen beide deutlich, dass man an der bisherigen Strategie der Sonderbehandlung und Aussonderung festhalten will.

Die angekündigten Maßnahmen sind halbherzig, Inklusion ist immer noch von zufälligen Bedingungen vor Ort abhängig.

Dies führt in der Praxis dazu, dass weiterhin um jedes einzelne Kind gekämpft werden muss, und es letztlich von der Durchsetzungsfähigkeit der Eltern abhängt, ob ihr Kind an der Regelschule unterrichtet wird.

## **Die BRKonvention trifft eine grundlegende Wertentscheidung zugunsten inklusiver Bildung. Nur ein *inklusives* Bildungssystem entgeht dem Vorwurf der Diskriminierung.**

Im Expertenrat wurde aber offensichtlich nur über sonderpädagogische Strukturen beraten und nicht über eine wirklich gemeinsame Bildung und ein inklusives Bildungsangebot.

## **Das würde nämlich heißen, alle Schulen müssen alle Kinder ihres Bezirks aufnehmen und sich pädagogisch und mit allen anderen Notwendigkeiten auf diese Kinder einstellen.**

Wir sehen durchaus die Bemühungen und Veränderungen, seit Frau Ministerin Schick im Amt ist, mit Wohlwollen. Die rigide Verhinderungsstrategie der letzten Jahre scheint sich zu verändern.

Schulen und Pädagogen müssen sich auf die neuen Gegebenheiten einstellen, das braucht Zeit.

Aber bitte haben Sie Verständnis für unsere Ungeduld, auch angesichts der Empfehlungen des Expertenrats.

Denn hier wird wieder wie in all den Jahren zuvor von Bestandsaufnahmen, Entwicklung, Erprobung und Versuchen gesprochen.

Es ist die Rede von sonderpädagogischer Beratung, Kooperationen, Ansprechpartnern an Regelschulen.

Tatsächlich können wir schon jetzt nachlesen, wie viele Stellen auf mittleren Verwaltungsebenen geschaffen werden – ein Phänomen, das ich bisher bei jeder politischen Runde hin zu mehr Integration beobachtet habe.

Keine Rede davon, wie der Personalbedarf an den Schulen, bei den betroffenen Kindern gedeckt wird.

**Ein Ansatz dazu, nämlich die Möglichkeit zu schaffen, Sonderpädagogen an allgemeinen Schulen anzustellen, findet sich leider auch nur als Sondervotum von Frau Prof. Merz-Atalik, Prorektorin der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg.**

Man gewinnt den Eindruck, dass mehr Rücksicht genommen wird auf die Befindlichkeiten der Erwachsenen und ihren durchaus verständlichen Ängsten vor Veränderungen in ihrer Arbeitswelt als die Organisation von Hilfen für gemeinsamen Unterricht anzupacken.

Wir Eltern wollen jedenfalls nicht mehr hören, dass das eben alles langsam gehen müsse, weil man alle mitnehmen müsse bei diesem Prozess.

Was wäre passiert, wenn der liebe Gott, als er uns Eltern ein behindertes Kind schenkte, auf unsere Bereitschaft oder auf unsere wie auch immer gemeinte Befähigung hätte warten müssen...??

Wir wollen nicht mehr länger warten müssen, bis irgendwelche Erwachsenen oder Institutionen dieser Gesellschaft „mitgenommen“ worden sind bei einer Sache, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, wenn wir es mit unseren christlichen Werten ernst meinen. **Wir wollen, dass jetzt endlich einmal unsere Kinder mitgenommen werden!**

Da muss ich wieder an die schwedische Lehrerin denken, die den radikalen Umbau des dortigen Bildungssystems erlebt hat und sagte: „**Erst als wir alle Kinder haben MUSSTEN, haben wir begonnen, uns um jedes einzelne zu kümmern**“.

Eine Frage, die im Expertenrat von großem Interesse hätte sein müssen:

**Wie wird darauf hingearbeitet, dass wirklich allen klar ist, dass ein behindertes Kind einen Rechtsanspruch, aber auch einen menschlichen Anspruch darauf hat, dabei zu sein. Wie jedes andere Kind in der Klasse auch.**

Wie werden alle LehrerInnen auf ein inklusives, gemeinsames Unterrichtsangebot qualifiziert vorbereitet?

Damit nicht immer wieder aufs Neue vorkommt, dass Eltern mit Integrationswunsch für ihr behindertes Kind bei den „runden Tischen“, die es ja schon heute gibt, von Lehrern und anderen „Fachleuten“ gefragt werden, warum sie ihren Kindern diese Integration antun wollen, und ob es nun um das Wohl des Kindes oder um das Durchsetzen eines politischen Ziels gehe...

Erst neulich bei einer SPD – Veranstaltung im Kreis HDH kam vom Sozialamtsleiter der Hinweis auf eben dieses zu berücksichtigende „Kindeswohl“.

Als wohltuend habe ich es aber empfunden, dass noch vor mir der Schulamtsdirektor persönlich konstatierte, dass mit "Kindeswohlgefährdung" etwas komplett anderes gemeint sei und dies nicht missverstanden werden dürfe. Er selbst habe es nicht ein einziges Mal bei all den Gesprächen mit Eltern zu tun gehabt, denen es nicht um das Wohl des Kindes gehe.

Ich sage, wenn Eltern ihr Kind trotz Gymnasialempfehlung auf die Realschule am Ort und nicht in die Kreisstadt schicken, wird niemand an runden Tischen aufs Kindeswohl hinweisen, wenn Eltern eines behinderten Kindes ihr Recht auf gemeinsamen Unterricht an der Regelschule vor Ort wahrnehmen wollen, schon.

Und wenn sie solchen „Beratern“ am Tisch der Bildungswegekongferenz, wie die „runden Tische“ jetzt heißen, gegenüber sitzen müssen, und davon gehe ich weiterhin aus, wird sich für die Eltern gar nichts ändern.

**Die Forderung nach absolutem Wahlrecht für die Eltern findet sich bezeichnenderweise ebenfalls nur im Sondervotum der Vertreterin unserer LAG Frau Zelch ganz am Schluss der Empfehlungen.**

Der Expertenrat empfiehlt eine Festlegung auf das so genannte „Kooperationsmodell“: Sonderschulen, umbenannt in „Kompetenzzentren“, sollen die Kooperation mit Regelschulen ausweiten und ihre Kapazitäten dorthin auslagern. Weder das Kooperations- noch das Außenklassenmodell entsprechen aber der Umsetzung der UN-Konvention, die von Deutschland ratifiziert, sowie von den Ländern anerkannt wurde.

Wenn man wirklich ernsthaft an die Umsetzung gehen will, müssen Sonderpädagogen, aber auch Sozialpädagogen, Erzieherinnen und andere Fachleute als wichtige Mitglieder des Kollegiums fest an den allgemeinen Schulen arbeiten, um dadurch eine Förderstruktur zu entwickeln, die kein Kind ausschließt und von der alle Kinder profitieren – mit und ohne „bescheinigte“ Behinderung.

Dass mehr oder weniger alle unsere Kinder an den Schulen nicht optimal gefördert werden, können Sie jeden Tag aufs Neue aus immer neuen Ecken der Gesellschaft in den Medien hören.

Schulabgänger, wenn sie es denn soweit schaffen, können nicht mehr lesen und schreiben, müssen von der Wirtschaft „nachgeschult“ oder wie jetzt vorgesehen vom Bund unterstützt werden. Schwachen Kindern wird dieses System generell nicht gerecht. Und die leistungsgetrimmten Gymnasiasten, die in veraltetem ständischem Denken einer weit verbreiteten gesellschaftlichen Wählerschicht unter sich bleiben, landen genauso wie vom Weg abgekommene Schulabbrecher immer mehr in unseren ärztlichen und psychotherapeutischen Praxen.

Wenn das so weiter geht, werden wir in 20 Jahren zwar nicht mehr in jedem Dorf eine Schule haben, aber einen Psychiater.

**Wie auch immer man mit Begriffen jongliert, um es auf eine Vereinbarkeit mit der UN-Konvention zu biegen: Dieses Schulsystem mit seiner Selektion der 10jährigen ist ein exklusives, und kein inklusives Bildungssystem und es diskriminiert alle Kinder.**

Daran ändert auch die neueste Bildungsstudie nichts, die ja gerade auch bewiesen hat, dass schwache Kinder besonders hier im Süden benachteiligt sind. Wenn im bestausgebauten Sonderschulsystem der südlichen Bundesländer alle schwachen Schüler herausgenommen werden können, wundert es nicht mehr, dass Bayern und Baden-Württemberg bestens abschneiden.

Und was die abenteuerlich guten Zahlen der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in baden-württembergischen Regelschulen angeht, scheint mir die Aufstellung von Herrn Babenhauserheide, Sonderschullehrer an der Nebenius-

Realschule in Karlsruhe in einem Brief an die Kultusministerin Schick zu bestätigen, was ich persönlich als Kinderärztin schon lange vermutet habe:

Wenn Eltern, denen bei leichteren Lern- oder Verhaltensproblemen ihrer Kinder vor oder in der Schulzeit die Förderschule empfohlen wird, diese kategorisch ablehnen, weil sie ihre Kinder auf keinen Fall in der Sonderschule haben wollen, werden sie nicht wie wir Eltern von Kindern mit geistiger Behinderung in die Sonderschule gezwungen.

Bei diesen Kindern besteht kein amtlich festgestellter Förderbedarf, sie bleiben an der Regelschule und werden vielleicht gelegentlich im Rahmen der Kooperation von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen betreut.

Wenn man die offiziellen Zahlen dahingehend bereinigt, bleiben von angeblichen 20 000 Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Regelbeschulung noch 4000 übrig.

Wenn wir das Vertrauen der Eltern dieser in unserem Bildungssystem vernachlässigten Kinder gewinnen wollen, dass wir ihren Kindern nicht das Stigma des noch mehr ausgegrenzten Sonderschülers aufdrücken, sondern sie wirklich bilden und ausbilden wollen, dann muss der sonderpädagogische Förderbedarf von der Zuordnung zu einem Schultyp abgekoppelt werden. Wo die Kinder tatsächlich zur Schule gehen, müssen sie auch rechtlich dazu gehören.

**An dieser Stelle möchte ich aber davor warnen, die in der UN-Konvention geforderte Pflicht zum Besuch einer Allgemeinen Schule dadurch erfüllen zu lassen, dass man Sonderschulen zu allgemeinen Schulen umetikettiert.**

Der jetzt eingeschlagene Weg der neuen Kultusministerin Schick wäre ja schon ein Schritt in die richtige Richtung, aber er hätte schon viel früher kommen können, wenn es denn politisch gewollt gewesen wäre.

Schon 1997 hat ein Gerichtsurteil den Schulen das Recht genommen, behinderte Kinder von vornherein abzulehnen. Aber Recht haben und Recht kriegen ist zweierlei, und wenn man behinderte Kinder zwar an die Regelschule lässt, sie dort aber samt den Lehrern ohne Unterstützung lässt, ist dies das sprichwörtliche „Verhungern lassen am ausgestreckten Arm“.

Bildung kostet Geld, und das sind wir ja, wie erst neulich in einem Ländervergleich wieder zu lesen war, bis heute nicht bereit auszugeben.

**Andere Bildungsstudien bescheinigen Deutschland, dass zwar Anstrengungen gemacht werden, die Bildungssituation zu verbessern, dafür auch Geld aufgewendet wird, dieses aber bei den Kindern nicht anzukommen scheint!**

Die Struktur- und Finanzfrage wird vom Expertenrat zwar gestellt, aber keine Vorschläge zur Beantwortung gemacht. Er hat sich um entscheidende Fragen für Kinder mit Lernbeeinträchtigungen herumgemogelt, die er als Fachgremium zumindest hätte ansprechen müssen, zum Beispiel diese Schnittstelle zur Eingliederungshilfe.

Nicht eine praxisnahe schulinterne Beurteilung, sondern ein teures stigmatisierendes Verfahren entscheidet über die Gewährung von Hilfen.

Bis über die Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf, über Gutachten, Verhandlungen mit Ämtern, juristische Auseinandersetzungen Hilfen erwirkt werden, vergehen Monate bis Jahre.

Wenn alle Beteiligten müde sind, ergibt sich fast von selbst die „passgenaue Lösung“ der Sondereinrichtung, die dann ohne Probleme von einem Tag auf den anderen umgesetzt werden kann.

Trotz der neuesten Vorgaben, die durchaus Bewegung in die Schulen zu bringen scheinen, sehe ich hier bis heute keine Veränderung.

Wir erwarten und fordern dringend, dass sich insbesondere die Kultusministerien und Sozialministerien, aber auch Kommunen als Träger an einen Tisch setzen und diese für betroffene Familien unzumutbaren Abläufe beenden.

Der Streit um diese angeblich zusätzlichen Kosten und um die verschiedenen Töpfe darf nicht weiter auf dem Rücken von Kindern und Lehrern ausgetragen werden.

#### **Artikel 4,2 BRKonvention verpflichtet, inklusive Bildung unter Ausschöpfung der verfügbaren Mittel sicherzustellen.**

Wir fordern, dass der Grundforderung der UN-Konvention nachgekommen wird und den Regelschulen die gleichen Ressourcen für die Kinder mit erhöhtem Förderbedarf zur Verfügung gestellt werden, wie den Sonderschulen.

Wir fordern, dass nicht nur die Mehrausgaben im Topf des Sozialamts als Argument für eine Ablehnung der Eingliederungshilfe herangezogen werden wie bisher, sondern dass endlich eine faire Gesamtkostenschau stattfindet, auch ohne dass Eltern vor Gericht gehen müssen.

Warum sollte bei uns nicht funktionieren, was in den skandinavischen Ländern längst üblich ist und zu besten Ergebnissen führt?

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wenn wir mittelfristig weiterhin zu den leistungsfähigen Industrienationen gehören wollen, müssen wir uns fragen, wo wir mit der Erziehung, der Bildung unserer Kinder hin wollen.

Solche Geschichten wie die der bayrischen Lehrerin, Sabine Czerny, die große Probleme bekam und gehen musste, weil sie alle Kinder ihrer Klasse gymnasialreif fördern konnte, darf es nicht mehr geben.

#### **Was wir brauchen, ist eine Veränderung des Denkens gegenüber dem, was Bildung bedeutet, zu menschlichen und pädagogischen Fragen also.**

Das ist freilich weder mit Expertenempfehlungen noch mit Gesetzen zu erreichen, aber die Politik schafft Rahmenbedingungen, die ein breites gesellschaftliches Umdenken erst ermöglicht.

Gemeinsamer Unterricht, und wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen dies, wird in seiner Vielfalt alle Kinder und Jugendlichen in der Lern- und Sozialkompetenz voranbringen, auch wenn das der Philologenverband zum Beispiel anders sieht.

#### **Inklusion erfordert ein konsequentes Umdenken und eine wirkliche Neuorientierung.**

Beides ist weder in den Empfehlungen des Expertenrats noch in dem Entwurf der Kultusministerkonferenz zu erkennen.

**Ein Perspektivwechsel vom amtlichen System zum Recht und Lernbedarf des Kindes ist nötig.**

Wir erwarten, dass dies von den Ländern und der KM-Konferenz ernsthaft und konkret im Sinne der UN-Konvention umgesetzt wird.

Bei aller Kritik:

Ich bin zuversichtlich, dass wir die Chance, die in der Unterschiedlichkeit und in der Vielfalt unserer Kinder steckt, erkennen und als Bereicherung nutzen werden, denn ich bin auch davon überzeugt, dass es ein Risiko für die ganze Gesellschaft bedeuten würde, es nicht zu tun.

Und wir erwarten, dass sich dieses in dem neu zu erarbeitenden Schulgesetz dann endlich auch widerspiegeln wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Im Juni 2010  
Dr. Alexandra Palzer